



Nr. 31/16, 16. Dezember 2016

❖ Einkommensrunde 2017 ❖ GdP fordert eine spürbare Entgelterhöhung für die Beschäftigten der Länder

Am 14. Dezember 2016 hat die Bundestarifkommission des öffentlichen Dienstes unter Beteiligung der Gewerkschaften GdP, GEW und IG BAU ihre Forderungen für die kommende Tarifrunde erstellt.

6 % Entgelterhöhung unter Einbeziehung einer sozialen Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages und eine Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 90 Euro fordern die Gewerkschaften für die Beschäftigten der Länder. Um konkurrenzfähig zu Bund und Kommunen zu bleiben, sind außerdem strukturelle Verbesserungen bei der Eingruppierung gefordert wie z.B. die Einführung einer Stufe 6 ab der Entgeltgruppe 9 bis zur EG 15. Die verbindliche Übernahme von Auszubildenden und die Zahlung eines Lernmittelzuschusses sind weitere Forderungen.



v.l.n.r. Margarethe Relet, Nuriye Soyudogan, Kerstin Philipp, René Klemmer während der BTK-Sitzung

Das bedeutet im Detail:

- 6 % Entgelterhöhung mit sozialer Komponente
- Einführung der Stufe 6 in allen Entgeltgruppen
- Weiterentwicklung der Entgeltordnung TV-L
- Ausschluss sachgrundloser Befristungen
- Laufzeit 12 Monate
- Zeit und wirkungsgleiche Übernahme des Ergebnisses auf den Beamtenbereich

Auszubildende

- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 90 Euro
- Übernahmegarantie gem. § 19 TVA-L BBiG
- Erhöhung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage
- Zahlung eines Lernmittelzuschusses

Unsere Tarifbeschäftigten bewerten die Forderungen

René Klemmer, Vorsitzender Fachausschuss Tarif:



„Die Forderung von 6 % Entgelterhöhung für unsere Kolleginnen und Kollegen ist angemessen. Die Tarifbeschäftigten in der Polizei leisten wertvolle Arbeit für die innere Sicherheit. Sie sind hoch motiviert und haben eine faire Bezahlung verdient. Die Konkurrenz zu Bund und Kommunen ist groß, weil dort besser bezahlt wird. Ein anständiges Ergebnis stoppt vielleicht die Abwanderung. Gute Arbeit gibt es nicht umsonst.“

Isabel Sorg, PP Rheinpfalz:

„Ständig steigende Arbeitsbelastungen, beispielhaft bei den Beschäftigten der Zentralen Bußgeldstelle, müssen gerecht bezahlt werden. Es ist zu hoffen, dass bei den Verbesserungen in der Eingruppierungsstruktur auch eine Anpassung der Stufenlaufzeiten in der „kleinen EG 9“ vorgesehen ist. Wenn dann noch die Stufen 5 und 6 dazu kämen, wäre das ein echter Gewinn für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen.“



Nurije Soyudogan, PP Koblenz:



„Unseren Auszubildenden müssen wir eine verbindliche Übernahmegarantie bieten können. Was ist das für eine Personalpolitik, wenn man die in den eigenen Behörden gut ausgebildeten jungen Menschen gehen lassen muss. § 19 TVA.L BBiG muss verlängert werden. Und um motivierte junge Menschen zu finden, muss auch die Ausbildungsvergütung stimmen.“

Michael Schenkelberg, LKA:

„Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten und gute Nachwuchskräfte zu finden und zu binden kostet seinen Preis. Die Beschäftigten in den Entgeltgruppen EG 9 und aufwärts können nicht verstehen, dass sie nicht die Möglichkeit haben, eine Stufe 6 zu erreichen. Was bei Bund und Kommunen schon gilt, muss für unsere Beschäftigten ebenfalls gelten. Nur so können wir unsere Spezialisten auch an die Polizei binden.“



Margarethe Relet, stellvertretende Landesvorsitzende:

„Wir wissen, dass es wieder schwierige Verhandlungen geben wird. Der neue Verhandlungsleiter Peter Jürgen Schneider, Finanzminister Niedersachsens, wird seine Muskeln spielen lassen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass es zu Warnstreikaktionen kommen wird. Wir rechnen fest mit euch, dass ihr den Arbeitgebern zeigt, dass gute Arbeit fair bezahlt werden muss und dass ihr euch an Aktionen beteiligt. Die 1. Verhandlungsrunde findet am 18. Januar 2017 statt. Die zweite Runde ist für den 30. und 31. Januar angesetzt und die 3. Runde findet am 16. und 17. Februar statt. Gute Arbeit fair bezahlen. Das ist unsere Forderung.“

